

30.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/16268 -

**Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen – Bildung endlich
konsequent neu denken**

Berichterstatlerin

Abgeordnete Kirstin Korte

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/16268 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen – Bildung endlich konsequent neu denken“ (Drucksache 17/16268) wurde am 26. Januar 2022 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur alleinigen Beratung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass die Corona-Pandemie die Herausforderungen in unserem Bildungssystem allen deutlich vor Augen geführt habe. Die Bildungsungerechtigkeit wurde verschärft. Die Wertschätzung von Verschiedenheit und eine Pädagogik der Vielfalt seien allerdings nicht das Leitbild des Schulsystems. Der schon politisch ausgebremsste Inklusionsprozess in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen wurde weiter zurückgeworfen. Die digitale Infrastruktur bleibe immer noch Stückwerk. Corona habe eine soziale Dimension und Corona schlage in prekären Lebenslagen durch. Es seien z.T. erhebliche psychosoziale und emotionale Belastungen zu verzeichnen, davon seien wiederum Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen verstärkt betroffen. Die soziale Lage der Schülerinnen und Schüler wirke sich verstärkt auf die Infektionsgefährdung aus, führt in den Schulen, die in herausfordernden Lagen arbeiten, zu mehr Quarantänen. Die Personalausstattung ist dabei zusätzlich gerade an diesen Standorten von Besetzungsproblemen gekennzeichnet.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, bei den Fachverbänden von Eltern, Lehrkräften, anderen Professionen, Landesschüler*innenvertretung und Vertreterinnen und Vertretern aus den Bildungswissenschaften Bildungsziele und Maßnahmen zu erörtern und dem Landtag zur Umsetzung vorzulegen, die u.a. folgende Aspekte berücksichtigen:

- Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, das sich konsequent an der individuellen
- Förderung aller Kinder und Jugendlichen ausrichtet.
- Darauf aufbauend die Entwicklung eines verbindlichen Leitbilds für alle Ebenen des
- Bildungssystems und innerhalb dessen die Schaffung größerer pädagogischer
- Souveränität u. a. in Bezug auf projektorientiertes, fächerübergreifendes Lernen, Formate
- der Leistungsbewertung und Leistungsrückmeldung, Bildung von Lerngruppen, Zeiten
- sowie Öffnung von Schule.
- Ermöglichung von erweiterten Möglichkeiten bei der Personalbewirtschaftung für Schulen
- im Sinne der Etablierung multiprofessioneller Teamarbeit.
- Eine Reform der Lehrerausbildung, die sich an einem Lehrerbild orientiert, das den Herausforderungen und Aufgaben im Bildungssystem entspricht.
- Eine Reform der Berechnung der Lehrerarbeitszeit, die die wirklichen Anforderungen angemessen abbildet.

B Beratung

Der Antrag wurde in der 110. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 19. Januar 2022 erstmals aufgerufen und der Ausschuss hat einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung zu dem Antrag beschlossen (Ausschussprotokoll 17/1695). Die geplante Anhörung wurde anschließend abgesagt und in eine schriftliche Anhörung umgewandelt. Das nachfolgende Tableau enthält eine Übersicht der schriftlich übermittelten Stellungnahmen.

	Stellungnahmen
Stefan Behlau Verband Bildung und Erziehung Landesgeschäftsstelle VBE NRW Dortmund	17/4853
Sabine Mistler Landesvorsitzende Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	17/4855
Sarah Wanders Stellv. Vorsitzende lehrer nrw Linnich	17/4850
Landeselternschaft der Gymnasien Dr. Oliver Ziehm, Vorsitzender Düsseldorf	17/4881
Rheinische Direktorenvereinigung Martin Sina, Vorsitzender Abtei-Gymnasium Brauweiler Pulheim	17/4893
Ayla Celik Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	17/4858
Andreas Niessen Schulleiter Helios-Gesamtschule Inklusive Universitätsschule der Stadt Köln	17/4849
Andreas Tempel Vorsitzender der GGG Schulleiter Alexander-Coppel-Gesamtschule Solingen	17/4857

Darüber hinaus lagen noch folgende Stellungnahmen zusätzlich vor:

Landeselternkonferenz NRW
Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW

Stellungnahme 17/4923
Stellungnahme 17/4924.

C Abstimmung

Am 30. März 2022 tagte der alleinbefasste Ausschuss für Schule und Bildung letztmalig zum Thema. Anschließend wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kirstin Korte
- Vorsitzende -